

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 23.11.2017

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 18.25 Uhr bis 18.30 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva
Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.
Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Entschuldigt fehlt:

CDU

Herr Achim Tölke

Gäste

-/-

Von der Verwaltung

Herr v. Neumann-Cosel	Bauamt	(zu TOP 7)
Herr Dodenhoff	Bauamt	(zu TOP 8)
Frau Angelow	Bauamt	(zu TOP 8)
Herr Spree	Amt für Verkehr	(zu TOP 9)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 17)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

a) Erhaltungssatzung Siedlung Am Alten Dreisch (Anregung gem. § 24 GO)

Frau Cooper möchte wissen, ob es zu der o. a. Anregung schon Ergebnisse gebe.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Tagesordnungspunkt 7 der heutigen Sitzung und die zu erwartende Berichterstattung zu der Angelegenheit.

b) Buslinie 127

Frau Daniela Roggenkämper (Einwohnerin des Stadtbezirkes Stieghorst) schildert, dass die Schulbezirke neu zugeordnet worden seien. Ihre Familie wohne in Lämershagen und ihren Kindern, die die Grundschule Ubbedissen besuchen, würde nunmehr auch eine Rückfahrt mit dem Schulbus zustehen. Von moBiel sei mitgeteilt worden, dass dort dafür keine Kapazitäten vorhanden seien, und man habe sie an das Amt für Schule verwiesen. Das Fachamt habe sich aber für nicht zuständig erklärt, sondern erneut an moBiel verwiesen.

Die Linie 127 fahre nach Angaben von Frau Roggenkämper in der Schulzeit dreimal täglich von Hillegossen nach Lämershagen. Nach eigenen Beobachtungen seien nur vereinzelt Kinder in dem Bus.

Frau Roggenkämper bittet um Unterstützung in dem Bemühen, dass auch die Grundschule Ubbedissen bedient werde.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt die Weitergabe an die Verwaltung und eine schriftliche Antwort zu.

c) Querungshilfe an der Potsdamer Straße

Herr Brunsperger (Einwohner des Stadtbezirkes Stieghorst) fragt nach, ob die Querungshilfe, die an der Potsdamer Straße auf Höhe der Zufahrt zu der Firma Dürkopp Adler entfernt worden sei, wieder eingerichtet werde, da ein gefahrloses Überqueren zu bestimmten Zeiten nicht mehr möglich sei.

Es wird festgestellt, dass die Örtlichkeit zum Stadtbezirk Heepen gehört. Herr Skarabis sagt aber die Weitergabe an die Verwaltung zu.

Da keine weiteren Fragen gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 29. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.10.2017**

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 29. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.10.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 **Sitzungskalender 2018**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Übersicht, die die Sitzungstermine der Bezirksvertretung Stieghorst und die Ferientermine 2018 enthält.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.1 *

-.-.-

**3.2 2. Änderung des Bebauungsplanes III/4/08.00 „Innenentwicklung Schliemannstraße“
(BV Stieghorst, 07.09.2017, TOP 8)**

In dem Bebauungsplanverfahren wurde der Aufstellungsbeschluss gefasst.

Zur frühzeitigen öffentlichen Beteiligung fand am 11.10.2017 eine öffentliche Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger im Forum 2 der Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule, Am Wortkamp 3, statt.

Den Mitteilungen beigefügt ist der Vermerk des Bauamtes über den Verlauf der Veranstaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.2 *

-.-.-

3.3 Abrechnungen nach dem KAG

Das Amt für Verkehr hat den Stadtentwicklungsausschuss am 17.10.2017 u.a. über Abrechnungen nach dem KAG für eine im Stadtbezirk Stieghorst durchgeführte Maßnahme informiert. Beigefügt ist ein Auszug aus der Anlage zur Informationsvorlage Drucksache Nr. 5353/2014-2020.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.3 *

-.-.-

**3.4 Breitbandausbau an Schulen
(BV Stieghorst, 05.10.2017, TOP 3.3)**

In der o. a. Sitzung wurde die Frage gestellt, welche Schulen im Stadtbezirk für eine nachträgliche Aufnahme in die Förderung im Rahmen des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau in Betracht kommen.

Den Mitteilungen beigefügt ist der Vermerk über die Antwort des Amtes für Verkehr vom 07.11.2017.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.4 *

-.-.-

3.5 **6. Änderung des Bebauungsplanes III/Ub 2.2 „Am Bollholz“
(BV Stieghorst, 07.09.2017, TOP 7, und 05.10.2017, TOP 3.2)**

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung waren zu dem o. a. TOP noch Fragen offen.

Den Mitteilungen beigefügt ist dazu die Antwort des Bauamtes vom 08.11.2017.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.5 *

3.6 **Hundefreilauffläche im Stadtbezirk Stieghorst
(BV Stieghorst, 06.10.2016, TOP 8, und 08.06.2017, TOP 3.2)**

Eine geeignete Fläche wurde an der Straße Tackeloh gefunden. Die Kosten für die Herrichtung und Unterhaltung der 6.500 m² großen Fläche wurden mit ca. 8.000 Euro/Jahr beziffert. Haushaltsmittel stehen derzeit nicht zur Verfügung.

Das Umweltamt wird im Rahmen der Haushaltsberatungen 2019 entsprechende Mittel anmelden, so dass bei entsprechender Berücksichtigung im Haushalt die Fläche Anfang 2019 hergerichtet und ab Mitte 2019 genutzt werden könnte.

Für das Jahr 2018 wird die Fläche erneut verpachtet, damit sie nicht brach liegt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.6 *

II. Mündliche Mitteilungen

3.7 **Öffnung der fußläufigen Verbindung vom Fadenweg zu den Einkaufsmärkten
(vgl. BV Stieghorst, 07.09.2017, TOP 5.1)**

Herr Skarabis berichtet, dass der Grundstückseigentümer der Lebensmittelmärkte sich inzwischen gegenüber dem Bauamt schriftlich geäußert habe. Er zeige zwar Verständnis für den Wunsch aus der Einwohnerschaft, das Tor zum Fadenweg zu öffnen. Aus versicherungsrechtlichen Gründen werde aber keine Möglichkeit gesehen, diesem Wunsch zu entsprechen. Der Eigentümer sei nicht bereit den mit der Stadt Bielefeld geschlossenen Vertrag abzuändern.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bittet Herrn Brand, der die fußläufige Öffnung des Fadenwegs ursprünglich beantragt hatte, zu informieren.

Herr Skarabis sichert die Übersendung eines Protokollauszuges zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.7 *

-.-.-

3.8 Bereisung 2017 – aktueller Sachstand (BV Stieghorst, 08.06.2017, TOP 15.7)

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Zusammenfassung zum aktuellen Stand der Maßnahmen, die anlässlich der Bereisung am 22.05.2017 angeregt wurden.

Für die kommende Sitzung der Bezirksvertretung im Januar kündigt er einen Tagesordnungspunkt zum Planungsstand Parkplatz Osningstadion an.

Zur Schaffung eines abgetrennten Schlafrumes in der Kindertageseinrichtung Lämershagen seien Umbaumaßnahmen erforderlich, die sich derzeit in Planung befinden. Sobald diese konkret sei, werde ebenfalls eine Vorstellung in der Bezirksvertretung erfolgen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.8 *

-.-.-

3.9 Waldbewirtschaftung im Gipsabbaugebiet Stieghorst (BV Stieghorst, 06.10.2016, TOP)

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Antwort des Umweltbetriebes auf die noch offene Frage zur Waldbewirtschaftung im ehemaligen Gipsabbaugebiet Stieghorst.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.9 *

-.-.-

3.10 Multisportanlage für die Grundschule Stieghorst (BV Stieghorst, 08.06.2017, TOP 11)

Nach Mitteilung des Umweltbetriebes ist vor dem Bau der Multisportanlage aufgrund der Bautiefe ein Antrag auf Kampfmittelüberprüfung gestellt worden. Nach Angaben von Herrn Skarabis bedeute dies eine Verschiebung der Maßnahme in das Jahr 2018.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 3.10 *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Straßenreinigungsgebühren Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5684/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Durch die Bauarbeiten an der Detmolder Straße konnte die Straßenreinigung nicht durchgeführt werden.

Werden den Anliegern für die Bauzeit die Straßenreinigungsgebühren erstattet?“

Herr Skarabis zitiert die zu Beginn der Sitzung verteilte Antwort des Umweltbetriebes, die vom Amt für Finanzen und Beteiligungen mitgezeichnet wurde:

„Die Detmolder Straße befindet sich in der Reinigungsklasse 20, bedeutet: Kehrmaschinenreinigung der Fahrbahn 2 x wöchentlich, zurzeit organisiert in der Nachtschicht mittwochs und freitags, Gebühr: 0,25 € pro Frontmeter.

Eine Minderung der Straßenreinigungsgebühren würde vom Amt für Finanzen auf der Grundlage des § 9 der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) festgesetzt. Anspruchsvoraussetzung wäre ein Ausfall von mind. 10% der satzungsgemäß geschuldeten jährlichen Reinigungsleistung.

Insofern sind die Mitarbeiter der Straßenreinigung angewiesen, baustellenbedingte Reinigungsausfälle bzw. erhebliche Reinigungsminderungen zu melden. Nach Wiederaufnahme der Reinigung wird der Sachverhalt an das Amt für Finanzen zur abschließenden Prüfung übermittelt.

Auf der Detmolder Straße werden/wurden Sanierungsarbeiten in Teilabschnitten durchgeführt. Die bisherigen Bauabschnitte wurden überwiegend mit Lichtsignalanlagen oder in Einbahnstraßenführung geregelt, Vollsperrungen mit Umleitungen waren nicht eingerichtet. Insofern haben regelmäßig (Teil-)Reinigungen stattgefunden, die nicht zu Straßenreinigungsgebührenerstattungen berechtigen.

Auf Grund der baustellenbedingten Abbindung der angrenzenden Oerlinghauser Straße im Bereich der Detmolder Straße bis zum Lipper Hellweg mit dort fehlender Wendemöglichkeit für Kehrmaschinen wurde

in diesem Bereich über einen längeren Zeitraum nicht gereinigt. Hier zeichnet sich eine nachträgliche Reduzierung der Straßenreinigungsgebühren ab.“

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Optimierung der Signalanlage im Bereich der Kreuzung Detmolder Str./Osningstr./Otto-Brenner-Str.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5686/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

„In der Sitzung der BV Stieghorst am 11.05.2017 hatte die CDU-Fraktion einen Antrag zur Optimierung der o. g. Signalanlage gestellt.

Wir bitten um Mitteilung, wann und welche Optimierungsmaßnahmen ausgeführt wurden.“

Herr Skarabis nimmt Bezug auf die vor der Sitzung verteilte Mitteilung des Amtes für Verkehr:

„Die Anlage ist nach der Inbetriebnahme häufiger beobachtet worden und danach in mehreren Schritten optimiert worden.

Nach der Inbetriebnahme waren einige Induktionsschleifen insbesondere in der Otto-Brenner-Str. noch nicht vollständig installiert. Dies führte zu einer Daueranforderung und auch zur Schaltung einer zum Teil längeren Grünzeit in der jeweiligen Richtung. Zusätzlich ist die Anlage z. B. im Nachtprogramm auch ohne Fahrzeugbewegungen in die Freigabe der Otto-Brenner-Str. gewechselt.

In einem zweiten Schritt ist die fehlerhafte Löschung der Anforderung der Zusatzradfahrersignale für linksabbiegende Radfahrer bereinigt worden. Dieser Fehler hat z. B. dazu geführt, dass die Anlage die Reihenfolge der Grünzeiten auch ohne Busbeeinflussung geändert hat.

In einem dritten Schritt sind dann die Fahrzeiten der verschiedenen Fahrbeziehungen der einzelnen Buslinien optimiert worden. Das heißt die geplanten Fahrzeiten sind an die tatsächlich gefahrenen Zeiten angepasst worden. Zusätzlich wurden fehlerhafte Anmeldungen durch einzelne Fahrzeuge identifiziert und abgestellt.

Ein vierter Schritt steht noch aus. Hierbei soll die Busschleuse in der Otto-Brenner-Str. optimiert werden, sodass diese bereits früher wieder zurückschaltet und zwar sobald die Busse in Richtung Detmolder Str. und in Richtung Osningstr. das Betriebsgelände verlassen und nicht erst sobald sie die Haltelinie vor der Detmolder Str. überfahren haben. Hierzu müs-

sen zusätzliche Meldepunkte in die Busse einprogrammiert und im Steuergerät die Software geändert werden. Die Umsetzung ist innerhalb der nächsten zwei Wochen geplant.

Sobald diese Änderung umgesetzt und beobachtet worden ist, wird eine weitere Info an die BZV Stieghorst erfolgen.“

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bemängelt, dass die Signalanlage immer noch nicht optimal laufe. Er zeigt sich verwundert, dass Induktionsschleifen erst nach der Straßenbaumaßnahme installiert worden seien.

Weiterhin seien die Fußgängerampeln nicht erwähnt worden, obwohl der Beschluss aus der Sitzung vom 11.05.2017 ausdrücklich alle Verkehrsteilnehmer einschließe. Er bittet, dies im Endbericht nachzuholen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Straßenbauarbeiten Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5739/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer nimmt Bezug auf die Anfrage der CDU-Fraktion:

„Wie lange dauern noch die Straßenbauarbeiten Detmolder Straße?

Zusatzfrage: Wird die Detmolder Straße 2017 noch endgültig fertiggestellt (einschl. Markierung)?“

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn verteilte Antwort des Amtes für Verkehr:

„Die Vorlaufarbeiten im Seitenbereich werden im Abschnitt Kreisel Oerlinghauser Straße – Alter Detmolder Straße und im Abschnitt Linnenstraße – Pyrmonter Straße am 01.12.17 abgeschlossen.

Daraufhin sollen vom 04.12.17 – 16.12.17 in beiden Abschnitten noch die Asphaltierungsarbeiten in der Fahrbahn durchgeführt werden, sofern es die Witterung erlaubt.

Im Frühjahr 2018 werden im gesamten Streckenabschnitt noch die halbstarren Beläge im Bereich der Bushaltestellen eingelegt.

Die Bushaltestelle Oerlinghauser Straße kann erst nach Abschluss der planerischen Abstimmung abschließend erstellt werden.

Zusatzfrage:

Die endgültige Markierung wird, sofern es die Witterung zulässt, noch in diesem Jahr aufgebracht. In jedem Fall werden die verkehrstechnisch

erforderlichen Markierungen ggfs. provisorisch erstellt.“

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) erinnert daran, dass man seinerzeit verwundert gewesen sei, dass die gesamte Baumaßnahme innerhalb von sechs Wochen in den Sommerferien abgewickelt sein sollte. Seitens der Verwaltung sei erklärt worden, dies sei kein Problem. Auf den beiden Bürgerinformationsveranstaltungen sei der Zeitplan ebenfalls hinterfragt worden. Auch hier gab es die Aussage von Verwaltung und Bauleitung, dass der zeitliche Ablauf wie dargestellt erfolgen werde.

Dann sei die Auskunft gegeben worden, dass die Baumaßnahme spätestens im Herbst, nach den Herbstferien, abgeschlossen sei.

Nunmehr werde mitgeteilt, dass gegebenenfalls eine Fertigstellung am 16.12.2017 erfolge; dann müssten noch die Markierungsarbeiten durchgeführt werden.

Herr Thole drückt seine Enttäuschung über die zeitlichen Verzögerungen aus. Er betont, dass eine provisorische Markierung – unabhängig von der Witterung – unbedingt erforderlich sei.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) schließt sich der Sicht von Herrn Thole an und bedauert die verzögerten zeitlichen Abläufe.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die Einmündung der Ubbedisser Straße auf die Detmolder Straße ebenfalls entgegen der Zusagen immer noch gesperrt sei. Die Kirchengemeinde sei besorgt, dass die Besucherinnen und Besucher der für den 10.12.2017 geplanten Seniorenfeier Probleme haben werden, das Gemeindehaus zu erreichen. Sie bittet um Weitergabe an die Verwaltung, dass ein ungehinderter Zugang unbedingt vorhanden sein müsse, wenn die Bauarbeiten dann noch andauern.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer berichtet, dass er die Information erhalten habe, dass die Arbeiten im Laufe dieser Woche beendet seien.

Herr Lange (CDU-Fraktion) erkennt hinsichtlich der Mitteilung zu den Markierungsarbeiten Widersprüche gegenüber den im Stadtentwicklungsausschuss getroffenen Aussagen. Dort sei mitgeteilt worden, dass Markierungsarbeiten grundsätzlich nicht zwischen November und März stattfänden. Er bittet um Aufklärung.

Herr Thole berichtet, dass es im Zusammenhang mit den Bauarbeiten an der Detmolder Straße ein Schreiben eines in Hillegossen ansässigen Bäckermeisters an Herr Oberbürgermeister Clausen gegeben habe. Über den Wortlaut der Antwort sei bisher nichts bekannt. Er äußert den Wunsch, dass darüber in der nächsten Sitzung, ggf. im nichtöffentlichen Teil, eine Information erfolge, wenn dies möglich sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Anträge der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 5 *

-.-.-

Zu Punkt 6 **37. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)**

hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Stieghorst)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5401/2014-2020

Nach Klärung der Sachlage nach der letzten Sitzung ergeht ohne Aussprache folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst beschließt die 37. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung).

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7 **Antrag auf Erlass einer Erhaltungssatzung für die Siedlung Am Alten Dreisch**
-Anregung gem. § 24 GO-

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn von Neumann-Cosel (Bauamt), der zu den in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 05.10.2017 gestellten Fragen informiert.

Herr von Neumann-Cosel berichtet zur Entstehung und der bisherigen Entwicklung der Siedlung Am Alten Dreisch. Diese Ende der 1950er Jahre entstandene Siedlung sei ursprünglich für heimatlose Personen (Flüchtlinge, ehemalige Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter) vom Bund

gebaut worden. In den 1980er Jahren erfolgten Modernisierungsmaßnahmen, die nicht zuletzt auf den Einsatz der bereits damals bestehenden Bürgerinitiative „Alter Dreisch“ zurückzuführen gewesen seien. Nach mehreren Eigentümerwechseln sei jetzt eine Gesellschaft mit Sitz außerhalb Bielefelds Vermieterin der insgesamt 252 Wohneinheiten. Mittlerweile lebten in der Siedlung Familien, teilweise in der dritten Generation, mit ausgeprägten Nachbarschaftskontakten.

Nach Aussage von Herrn von Neumann-Cosel lägen die Voraussetzungen für den Erlass einer Erhaltungssatzung grundsätzlich vor, wenn ein dahingehender politischer Beschluss erfolge.

Vorteil sei, dass ein Stück Bielefelder Stadtgeschichte und günstiger Wohnraum erhalten werde. Bisher handele es sich um keinen überplanten Bereich. Geplante Vorhaben müssten sich nach § 34 Baugesetzbuch in die nähere Umgebung einfügen. Im östlich gelegenen Bebauungsplangebiet befänden sich große Baufenster, die sich auf neue Vorhaben im Siedlungsgebiet auswirken könnten. Eine Erhaltungssatzung würde ausschließen, dass vorhandene Gebäude abgerissen werden oder eine Nachverdichtung erfolge.

Dies könne aber in Zeiten der Wohnraumknappheit auch als Nachteil betrachtet werden.

Zudem könne aufgrund eingeschränkter Perspektiven die Bereitschaft der jetzigen Eigentümerin sinken, Modernisierungen vorzunehmen. Zwar könne die Stadt Bielefeld Baugebote erlassen, aber dies werde kaum praktiziert. Weiterhin bedeute eine Erhaltungssatzung eine weitere Verschärfung der Bürokratie; Baugenehmigungsverfahren könnten länger dauern.

Es entstünden weiterhin Planungskosten, da eine Beauftragung externer Büros erfolgen müsse.

Herr von Neumann-Cosel weist darauf hin, dass bereits 1981 vorbereitende Untersuchungen stattfanden, die eine Empfehlung zu einer Erhaltungssatzung mit begleitendem Bebauungsplan ergeben haben.

Es bestehen nach den Ausführungen von Herrn von Neumann-Cosel drei Alternativen.

Ein Bebauungsplan mit bestandsorientierten Festsetzungen, z. B. zu Höhe oder Dachneigung, würde vorgeben, dass Neubauten entsprechend der Bestandsbauten zu errichten sind.

Eine Erhaltungssatzung schütze den Bestand derart, dass schon geringfügige Änderungen, z. B. der Fenster, erschwert würden.

Eine Denkmalbereichssatzung als dritte Möglichkeit bewirke, dass alle Maßnahmen nach dem Denkmalschutzgesetz erlaubnispflichtig seien. Bereits kleine Änderungen an der Fassade müssten genehmigt werden. Insgesamt bedeute dies einen höheren bürokratischen Aufwand.

Herr von Neumann-Cosel bittet, sehr genau zu überlegen, welches das geeignete Instrument sei. Er könne derzeit noch keine Empfehlung abgeben, sondern halte eine weitergehende Untersuchung für erforderlich. Mit der Eigentümerin könne ein Gespräch geführt werden, um die Interessenlage zu erkunden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer dankt Herrn von Neumann-Cosel für seinen Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier sieht die Notwendigkeit für eine Modernisierung der Gebäude. Dafür sollten sich die Bewohnerinnen und Bewohner, die Eigentümergesellschaft und die Verwaltung zusammensetzen und auch klären, ob Zuschüsse möglich seien. Die Gesprächsergebnisse sollten abgewartet werden.

Herr Hölscher (Die Linke) hebt hervor, dass die Siedlung nach seinem Eindruck eine „gewachsene Gemeinschaft“ sei. Wenn die Eigentümerin nicht gesprächsbereit sei, müsse die Bezirksvertretung etwas unternehmen. Im Übrigen sei die Eigentümerin seines Wissens die Westfalen Grundstücks- und Immobilien GmbH. Herr Hölscher verweist auf den Bereich Wellensiek; dort gebe es auch eine Erhaltungs- und Gestaltungssatzung, dies müsse hier auch möglich sein. Nach seiner Auffassung sei die Option der Denkmalschutzsatzung zu hoch gegriffen. Die beiden anderen Alternativen sollten geprüft werden. Es solle nicht dazu kommen, dass Gebäude verfallen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht einerseits die Notwendigkeit, Wohnraum zu schaffen, und andererseits die „gewachsene Nachbarschaftskultur“. Er moniert, dass sich die Eigentümerin scheinbar überhaupt nicht kümmere und Wohnungen leer stehen lasse. Er sehe dringenden Handlungsbedarf.

Herr Schliffer (FDP-Ratsmitglied) fragt, ob die vorgestellten Instrumente zur Verbesserung der Situation geeignet seien. Er hält Gespräche mit der Eigentümerin für angezeigt, um zu erfahren, was diese vorhabe. Eine Denkmalschutzsatzung würde auch die Bewohnerinnen und Bewohner belasten, wenn es zum Beispiel um den barrierefreien Umbau von Gebäuden ginge. Dem Vorschlag von Herrn von Neumann-Cosel, auch die Kirche und die Kindertageseinrichtung in ein mögliches Geltungsgebiet einzubeziehen, könne er nicht folgen, da diese architektonisch nicht dazugehörten.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass seine Fraktion die Initiative grundsätzlich unterstütze. Hier sei bezahlbarer Wohnraum vorhanden und es gäbe ein funktionierendes soziales Zusammenleben. Auch aufgrund des Engagements der Bürgerinitiative sei kein Brennpunkt entstanden. Er fragt, ob eine Erhaltungssatzung zu einem späteren Zeitpunkt noch veränderbar sei.

Herr von Neumann-Cosel schlägt vor auf die Eigentümergesellschaft zuzugehen, da bisher nach seiner Recherche keine Kontakte mit dem Bauamt, auch nicht mit dem Bereich der Wohnungsbauförderung, bestehen würden.

Ob die genannten Instrumente geeignet seien, Druck auf die Eigentümerin auszuüben, bezweifle er für den Augenblick. Diese müsse zunächst bereit sein, finanzielle Mittel in die Hand zu nehmen.

Weiterhin erklärt Herr von Neumann-Cosel auf die Frage von Herrn Akay, dass die Stadt Bielefeld die Planungshoheit besäße. Somit könne jederzeit eine Änderung erfolgen.

Herr Mayregger (SPD-Fraktion) fragt, ob die Bereitschaft der Eigentüme-

rin, Modernisierungen vorzunehmen, nicht durch eine Erhaltungssatzung hergestellt werden könne.

Herr von Neumann-Cosel vertritt die Auffassung, es sei schwierig einzuschätzen, wie sich die Eigentümerin verhalte. Für ihn stelle sich die Frage, wohin gehend das Gespräch mit der Eigentümerin geführt werden solle. Er habe wahrgenommen, dass es neben dem Sanierungstau um die dringendsten Mängelbeseitigungen gehe. Dazu benötige er eine entsprechende Liste von den Mieterinnen und Mietern.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bekräftigt, dass zunächst Gespräche mit der Eigentümerin geführt werden müssten, um keine Verärgerung auf deren Seite zu erzeugen. Es spräche nichts dagegen, dass die Verwaltung auf diesem Wege Kompromisse schließen könne.

Herr Akay möchte zunächst dazu die Meinung der anwesenden Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung hören und regt dazu eine Unterbrechung der Sitzung an.

Vorher gibt Herr von Neumann-Cosel noch den Hinweis, dass durchaus die Chance bestehe, Wohnungsbauförderungsmittel zu erlangen, wenn ein umfassendes Modernisierungskonzept für die Siedlung vorgelegt werden könne.

- Um 18.20 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -

Frau Cooper stellt fest, dass der Umgang mit der jetzigen Vermieterin sehr schwierig sei. Die Mieterinnen und Mieter suchten das Gespräch, aber würden hingehalten oder gar beleidigt.

Frau Kerkсиек schildert, dass sie seit sieben Jahren in der Siedlung wohne und von fünf gemeldeten Mängeln sei nicht einer behoben worden. Als eine Holztreppe aufgrund von Holzläusebefall teilweise zusammenbrach, habe sie trotz mehrfacher Aufforderung vier Monate warten müssen, bis der Schaden überhaupt begutachtet wurde.

Frau Cooper klagt, dass die Kanalisation nicht funktioniere; es habe sogar eine Rattenplage gegeben. Sie könne jederzeit eine Liste der festgestellten Mängel übergeben. Eigene Versuche der Kontaktaufnahme seien wie geschildert größtenteils erfolglos. Zudem sei die Eigentümergesellschaft auch nur an zwei Wochentagen telefonisch zu erreichen. Vor diesem Hintergrund habe sie Zweifel, ob Gesprächsbereitschaft auf Seiten der Eigentümerin bestehe.

- Um 18.25 Uhr schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde zur Fortsetzung der öffentlichen Sitzung. -

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer fasst zunächst zusammen, dass die Verwaltung ein Gespräch mit der Eigentümerin und ein Gespräch mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung führen solle. Auch inwieweit Zuschüsse gezahlt werden können, solle geklärt werden.

Herr Akay beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Beratung innerhalb der Fraktionen.

- Von 18.25 Uhr bis 18.30 Uhr unterbricht Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für die beantragte Beratung. -

Nach der Unterbrechung bittet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer um weitere Wortmeldungen.

Herr Akay beantragt, dass die Stadt Bielefeld mit der Eigentümerin und den Bewohnerinnen und Bewohnern ein Gespräch führen sollte, bei dem auch die Liste der bestehenden Mängel und eine Terminsetzung zur Beseitigung derselben thematisiert werden sollte.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) regt zudem eine Prüfung durch die Verwaltung an, ob die Beseitigung einiger Mängel bauordnungsrechtlich durchgesetzt werden könne.

Herr Akay signalisiert Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Herr Hölscher bittet vor dem Hintergrund der bestehenden Wohnraumknappheit um Feststellung, in welchem Umfang Wohnungen in der Siedlung leer stehen.

Herr Thole verweist darauf, dass den Eingriffsmöglichkeiten in das Eigentumsrecht Grenzen gesetzt seien. Man könne niemanden enteignen.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet um Abstimmung über den gestellten Antrag.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet die Verwaltung, Gespräche mit der Eigentümerin und den Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung Am Alten Dreisch zu führen. Dabei soll in Erfahrung gebracht werden, ob und in welchem Umfang Modernisierungsmaßnahmen geplant sind. Finanzielle Förderungsmöglichkeiten sollen in diesem Zusammenhang geklärt werden. Es sind bestehende Mängel sowie deren Beseitigung und Wohnungsleerstände zu thematisieren. Daneben soll die Verwaltung prüfen, inwieweit bauordnungsrechtlich eingeschritten werden kann.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 7 *

Herr Neumann-Cosel erklärt, dass er ein Gespräch noch in diesem Jahr initiieren möchte und in der kommenden Januarsitzung darüber berichten werde.

-.-.-

Zu Punkt 8**Integriertes Handlungskonzept Sieker-Mitte (INSEK-Mitte)
hier: abschließender Beschluss nach § 171 e BauGB zur Fest-
legung des Gebietes "Sieker-Mitte" zur Durchführung von
städtebaulichen Maßnahmen**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5622/2014-2020

Herr Dodenhoff (Bauamt) berichtet, dass zu dem Konzept nach Vorstellung und Beratung in der Bezirksvertretung Stieghorst, der Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange und einer durchgeführten Bürger-Informationsveranstaltung viele Anregungen gesammelt werden konnten. Im Wesentlichen gebe es vier Veränderungen.

Es sei eine Kosten- und Finanzierungsübersicht aufgenommen worden. Außerdem sei die Maßnahme der Stadtteilküche vorsorglich aufgenommen worden, da die Umsetzung aufgrund der verhängten Veränderungssperre in diesem Bereich unter Umständen nicht im bisher vorgegebenen Förderrahmen und Förderprogramm erfolgen könne.

Weiterhin habe es zwei Kostenveränderungen gegeben (Youschool und Verfügungsfond).

Das Ziel sei, den Rat in der Sitzung am 14.12.2017 zu erreichen und das Projekt dann in den Förderaufruf „starke Quartiere – starke Menschen“ einzubringen.

Herr Stellvertretender Bürgermeister Henrichsmeier fragt nach, ob die Stadtteilküche baurechtlich zu realisieren sei.

Herr Dodenhoff antwortet, dass dies aktuell aufgrund der verhängten Veränderungssperre nicht möglich sei.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hebt die Bedeutung der Stadtteilküche für die Bewohnerinnen und Bewohner des Gebietes hervor. Für diese und auch die beteiligten Träger sei die zeitliche Verzögerung nur schwer zu ertragen. Weiterhin zeigt er sich irritiert, dass der Stadtteil auch im heutigen Vortrag in „Inseln“ aufgeteilt worden sei. Er wünscht eine Aufklärung, warum dies so gesehen werde. Hauptsächlich werde auf die Hauptverbindungsstraßen im Stadtteil verwiesen, die eine leichte Überquerung nicht ermöglichen. Die Einrichtung von Querungshilfen sei nicht ausreichend; die Straßen müssten beruhigt werden.

Weiterhin weist Herr Burauen darauf hin, dass der Elpkebachlauf einen sehr sensiblen Umgang erfordere. Er möchte dort künftig keine „kahlgeschorenen“ Wiesen sehen, die nicht genutzt werden.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass ein Bau der Stadtteilküche derzeit nicht genehmigungsfähig sei. Er bittet um Aufklärung, warum diese Maßnahme innerhalb von drei Monaten eine Kostensteigerung um 300.000 Euro erfahre. Schon in der Septembersitzung habe die CDU-Fraktion eine 1. Lesung zum INSEK beantragt, da die für die Stadt Bielefeld zu tragenden Kosten unklar gewesen seien. Auch in der jetzigen Beschlussvorlage sei dies nicht zu erkennen. Er bemängelt grundsätzlich, dass derzeit Beschlussvorlagen nicht alle Informationen beinhalten, die für die politische Entscheidung wichtig seien. Er fordert die genannten Kosten zu beziffern.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) drückt seine Verwunderung darüber aus, dass das Grundstück, auf dem die Stadtteilküche errichtet werden soll, in die Veränderungssperre einbezogen wurde. Es fehle ihm weiterhin der Aspekt der Gesundheit in dem Konzept. Armut bedeute Gesundheitsgefährdung. Es solle nicht nur die Bildungsgerechtigkeit vorangetrieben werden. Man solle auch überlegen, wie man Menschen unterstützen kann, etwas für die Gesundheit zu tun.

Frau Abendroth (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass die Bauplanung für die Stadtteilküche als solche rechtlich nicht geändert werden müsse. Nur die Veränderungssperre verhindere derzeit die Durchführung der Maßnahme. Dabei werde die Stadtteilküche dringend benötigt. Sie drückt ihre Freude über die vorgesehene Aufstockung des Verfügungsfonds aus, damit die Bewohnerinnen und Bewohner selbst Projekte verwirklichen können. Dass dies gelinge, habe zum Beispiel in den letzten Wochen der Gartenverein gezeigt.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) vermisst eine detailliertere Auflistung der Kosten. Diese seien aus seiner Sicht zu universell erklärt. Das Programm sei zudem „überfrachtet“ und zu weitgehend. Er kritisiert in diesem Zusammenhang Beschlussvorlagen im Allgemeinen, aus denen die Folgen für die Stadt nicht genau zu erkennen sind.

Herr Dodenhoff gibt folgende Erläuterungen zu den Wortbeiträgen:

Die sogenannten „Inseln“, die im Stadtteil gewachsen seien, sollen enger verbunden werden, Wege und Schulwegsicherung verbessert werden. Isolierte Nutzungsbereiche wie der Großmarkt oder das GAB-Gelände sollen besser angebunden werden. Das „grüne Band“ sei dabei ein wesentliches Element.

Der Grünzug Elpke habe naturräumliche Qualitäten; eine umfassende Umgestaltung könne hier kaum erfolgen. Ziel sei es eine bessere Erreichbarkeit zu schaffen, auch mehr gefühlte Sicherheit im Grünzug zu vermitteln.

Zum Einwand von Herrn Thole bestätigt Herr Dodenhoff, dass weiterhin Kosten in Höhe von 850.000 Euro für die Stadtteilküche veranschlagt seien. Die in der Synopse aufgeführte Summe von einer Million Euro sei nicht korrekt. Die richtige Summe sei im Projektsteckbrief genannt. Generell sei eine Kosten- und Finanzierungsübersicht dem INSEK hinzugefügt worden.

Auf Herrn Lasches Nachfrage zum Entstehen der Veränderungssperre bedauert Herr Dodenhoff keine Aussage treffen zu können.

Gesundheit sei ein wichtiges Thema, das sich zum Beispiel in der Arbeit der Stadtteilmütter wiederfinde, die deshalb auch unbedingt weiter unterstützt werden sollen.

Insgesamt weist Herr Dodenhoff darauf hin, dass bei der Erarbeitung des Konzeptes auch immer das Umweltamt und das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zu den Themenbereichen Umwelt und Gesundheit eingebunden waren.

Zum Einwand einer Überfrachtung des Konzeptes von Herrn Schlifter entgegnet Herr Dodenhoff, dass dies im Kern städtebaulich sei. Die ge-

nannten Maßnahmen seien aus verschiedensten Bereichen zusammengetragen, aber letztendlich bleibe der Ausgangspunkt städtebaulich.

Herr Thole fragt nochmals nach der Aufstellung zu den Kosten. Frau Angelow (Bauamt) verweist auf Seite 141 des Konzeptes. Herr Thole bemängelt erneut, dass diese und auch weitere Angaben nicht der Beschlussvorlage beigelegt sind. Es könne nicht erwartet werden, dass die Angaben aus den 149 Seiten des Konzeptes im Einzelfall von der Politik selbst herausgesucht werden.

Herr Dodenhoff verweist auf den Wortlaut der Vorlage, die den Beschluss des Konzeptes beinhalte. Dazu gehörten auch Kosten und Finanzierung. Es sei jetzt detailliert über die Änderungen informiert worden. Projekte, die verwirklicht werden können, sollen im Einzelfall politisch beraten werden. Deren Durchführung könne aber auch scheitern, wenn dafür keine Fördermittel bereitgestellt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bittet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer um Abstimmung. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Die im Rahmen des förmlichen Verfahrens eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß Vorlage zur Kenntnis genommen (Anlage 1).**
2. **Die von der Verwaltung vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen zum INSEK Sieker-Mitte werden beschlossen (Anlage 2).**
3. **Das INSEK Sieker-Mitte wird gem. § 171 e Abs. 3 BauGB als Grundlage für die Festlegung des Gebietes, in dem die städtebaulichen Maßnahmen der Sozialen Stadt durchgeführt werden, beschlossen.**
4. **Das INSEK Sieker-Mitte dient als Grundlage für die Beteiligung an dem Aufruf der Landesregierung „Starke Quartiere - starke Menschen“.**
5. **Das im Lageplan gem. § 171e Abs. 3 BauGB festgelegte Gebiet „Sieker-Mitte“ wird beschlossen (Anlage 3).**

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: -

Enthaltungen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

* BV Stiegchorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9**Radverkehrsnetz Bielefeld, Haupttroutennetz für den Alltags-Radverkehr****hier: Anpassungen durch Er- und Überarbeitung von Freizeit-routen („Radfahren wie in Holland!“)**Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5693/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt Herrn Spree (Amt für Verkehr), der sich für Fragen zur Verfügung stellt.

Herr Lange (CDU-Fraktion) fragt nach, wie die verkehrsrechtliche Regelung für die Grünzugverbindung entlang der Stadtbahnlinie 3 aussieht.

Herrn Spree erläutert, dass das Radfahren in Grünzügen in Bielefeld grundsätzlich nicht gestattet sei. Durch entsprechende Beschilderung werden ausdrücklich Ausnahmen gestattet.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt, dass hier etwas für das Radfahren getan werde. Er fragt, was für Schilder aufgestellt werden, und moniert, dass die der Vorlage beigefügte Karte nicht gut lesbar sei. Er regt an, künftig eine Karte zu erstellen, die das angestrebte Knotenpunktsystem deutlich mache. Weiterhin fragt er, ob es zukünftig auch die Möglichkeit gebe, die Radwegeverbindungen per GPS herunterzuladen.

Nach Auskunft von Herrn Spree werde jeweils ein weißes Schild mit roter Schrift aufgestellt und zeigt ein entsprechendes Foto. Diese Art der Beschilderung gebe es bereits im Stadtgebiet. Er sieht ebenfalls die schwere Lesbarkeit der Karte, weist jedoch darauf hin, dass diese auch im Ratsinformationssystem hinterlegt sei. Die Karte solle keine Übersicht über alle Freizeitrouten in Bielefeld geben. Es gebe neben den bereits bestehenden acht neue Routen, die speziell gekennzeichnet werden; für jede sei ein Faltblatt vorgesehen. Der Einsatz von GPS sei beabsichtigt.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) regt an, dass jeder Fraktion ein großer Plan vorliegen sollte; auch er moniert den der Vorlage beigefügten Routenplan. Er fragt nach, wann mit einer Fertigstellung eines Radweges auf der Linnenstraße zwischen Dingerdisser Heide und Ortsgrenze gerechnet werden könne. Dafür habe es einen Antrag der Bezirksvertretung gegeben. Auch auf der Dingerdisser Straße sei gefahrloses Radfahren kaum möglich. Er kritisiert, dass für die Frordisser Straße vor einigen Jahren eine Deckensanierung ohne Anlage eines Radweges erfolgt sei.

Herr Spree erläutert, dass für das gesamte Stadtgebiet eine Prioritätenliste erarbeitet werde, da es auch aus anderen Stadtbezirken entsprechende Anträge gebe. Sobald diese fertiggestellt sei, werde die Bezirksvertretung entsprechend informiert.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer über die Vorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretungen und der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfehlen dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen, den Anpassungen und Ergänzungen des Haupttroutennetzes für den Alltags-Radverkehr und der Einführung des Freizeitnetzes entsprechend der Anlage 1 zuzustimmen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 9 *

-.-.-

Zu Punkt 10**Verwendung der "kleinen Grünmittel" der Bezirksvertretung Stieghorst 2017**

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) schlägt vor, dass die Mittel gleichermaßen für die Anschaffung einer Schaukel an der Grundschule Ubbedissen und eines Balancierbalkens an der Grundschule Hillegossen verwendet werden. Die Summe würde zwar nicht ganz zur Beschaffung und Aufstellung der Geräte ausreichen, aber die beiden Fördervereine der Schulen hätten sich bereit erklärt, den fehlenden Differenzbetrag von jeweils ca. 500 Euro aufzuwenden. Dies sei auch mit den Schulen abgestimmt.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits den Antrag gestellt habe, die zur Verfügung stehenden Mittel für eine ausreichende Beleuchtung des Verbindungsweges von der Stettiner Straße zur Glatzer Straße zu verwenden. Dabei bleibe man auch.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die "kleinen Grünmittel" der Bezirksvertretung Stieghorst werden 2017 zu gleichen Teilen für die Anschaffung einer Schaukel an der Grundschule Ubbedissen und eines Balancierbalkens an der Grundschule Hillegossen verwendet.

Dafür: 9 Stimmen
Dagegen: -
Enthaltungen: 7 Stimmen

- mit Mehrheit beschlossen –

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 10 *

-.-.-

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die mit der Einladung übersandte Aufstellung mit den aktuellen Sachständen zu den einzelnen Beschlüssen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) fragt nach, was mit einem „Austausch der Rechtsgrundlagen“ zum Beschluss für einen Zebrastreifen vor dem Markant-Markt an der Detmolder Straße in Ubbedissen gemeint sei.

Herr Skarabis erläutert, dass Herr Mayregger (SPD-Fraktion) angemerkt habe, dass er Rechtsgrundlagen benannt habe, auf die das Amt für Verkehr nicht eingegangen sei. Diese sollten nochmals an die Straßenverkehrsbehörde weitergegeben werden.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) bittet darum, in der Aufstellung künftig statt der Organisationsziffern die jeweiligen Namen der Ämter zu verwenden.

Herr Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier merkt an, dass die Bezirksvertretung Stieghorst manche Maßnahme vorantreiben könne, indem, wie schon in diesem Jahr vorgeschlagen, die „kleinen Grünmittel“ dafür zur Verfügung gestellt werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 23.11.2017 - öffentlich - TOP 11 *

-.-.-

Reinhard Schäffer
Bezirksbürgermeister

Anke Machnik
Schriftführerin